

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis im August wöchentlich Mark 350 000.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr 350000 zuzügl. Postbeiträge. Einzelnummern 60000 M. :; Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutenburg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb., Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum Nr. 40 000.—, auswärts Nr. 50 000.—, Reklamezeile 100000 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Ausnahmestellung werden jeweils 50 000 M. mehr berechnet. Schluß d. Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkurrenzfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschöpfung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 208

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 6. September 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Tagespiegel

Mussolini hat mit dem Austritt Italiens aus dem Völkerbund gedroht, falls der Bund trotz des italienischen Widerspruchs mit der italienisch-griechischen Streitfrage sich befassen sollte.

Die Pariser Völkerbundkonferenz hat am Mittwoch den Streit Italiens mit Griechenland beraten. Nach dem „Matin“ soll die Konferenz das griechische Angebot für unbefriedigend befunden haben. Besonders der Vorschlag, die Mordtäter von Ionina einer gemischten Kommission mit einem neutralen Vorsitzenden soll für unannehmbar gelten. — Für den italienischen, französischen und belgischen Vertreter natürlich.

Die weltpolitische Lage Englands

Die auswärtige Politik des britischen Weltreichs ist seit der Vernichtung der deutschen Macht wesentlich durch drei Dinge bestimmt: die Lage im äußersten Osten (im Stillen Ozean), die Beziehungen zu Amerika und die Rücksicht auf Indien.

Die Lage im äußersten Osten hat durch die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz von Washington und die Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses eine gründliche Umgestaltung erfahren. Was für das Aufgeben dieses Bündnisses, das lange Jahre die unverrückte Grundlage der ostasiatischen Politik Englands bildete, maßgebend war, ob das Bestreben, auch den Schein eines Gegenstückes gegen Amerika zu vermeiden, ob der Druck, den die japanischen Selbstverwaltungsdominions von Australien und Neu-Seeland auf die Reichsregierung in London ausübten, ob Beides zusammen, mag dahin gestellt bleiben. Wenn nicht das alte England selbst, so sehen doch wichtige Glieder des britischen Weltreichs in dem Verbündeten von gestern den Feind von morgen und auch in London trägt man dieser Stimmung Rechnung durch Errichtung eines gesonderten Flottenstützpunkts in Singapur, der ausgesprochenen Maßnahmen dem Schutz von Australien und Neu-Seeland dienen soll. In England betont man den reinen Verteidigungscharakter dieser Maßnahme, in Japan beweist man sich zu erklären, daß man trotz der Nähe Formosens darin keine Bedrohung sehe. Ganz zweifellos ist der neue große Stützpunkt der britischen Seemacht in erster Linie gegen Japan gerichtet, er soll das britische Weltreich gegen die gelbe Rasse decken, aber er soll auch nach innen wirken, ein altes hartes Hindernis der Sympathien Australiens und Neu-Seelands zu Amerika verhindern, in dem die weiße Bevölkerung in der Südlage letzten Endes doch den stärksten Schutz gegen eine gelbe Ueberflutung sieht.

Der Freundschaft mit Amerika hat England das Bündnis mit Japan geopfert, es hat seine Stellung als erste Seemacht der Welt aufgegeben, um die es in den großen Krieg gegangen war, die Abzahlung seiner Schulden an Amerika geregelt, ohne mit seinen eigenen Schuldnern, Frankreich und Italien ins Reine gekommen zu sein, und dennoch liegt Amerika wie ein Alp auf der Bewegungsfreiheit der britischen Politik. Immer noch entzieht sich Amerika dem so sehrlich gewünschten Anschluß an die britische Politik, der angelfränkischen Gemeinbürgerschaft, über die so viel geredet und geschrieben wird. Die eigentümliche Stellung, die Kanada und Australien im britischen Weltreich einnehmen, und die keinen Streit mit Amerika vertragen, nötigt die britische Reichsregierung, jeden ihrer Schritte auf die Rückwirkung zu prüfen, die er etwa auf die Beziehungen zu Amerika haben könnte.

Der dritte Angelpunkt der britischen auswärtigen Politik ist die Rücksicht auf Indien. Hier hat der Weltkrieg ganz zweifellos eine Erleichterung gebracht. Mit dem Zusammenbruch Russlands ist eine wirkliche, mit dem Deutschlands eine eingebildete Gefahr für die Sicherheit Indiens verschwunden. Dazu kommt, daß innerhalb der islamitischen Welt nach der Vernichtung des alten türkischen Reiches anscheinend nationalistische Bestrebungen in den Vordergrund getreten sind und der Missionsismus an Stokkraft eingebüßt hat. Der Verlust der Franzosen, sich in der islamitischen Welt eine Art Vormachtstellung zu sichern, ist offenbar mißglückt, und es ist den Engländern gelungen, ihre Stellung im nahen Orient wieder wesentlich zu verbessern. Aber gerade bei dem Streit mit den Türken hat es sich zum ersten Mal offen gezeigt, wie schwer es ist, unter den heutigen Verhältnissen die Macht des britischen Weltreichs für englische Sonderinteressen einzusetzen. Als England vor der Frage eines bewaffneten Einschreitens gegen die Angora-Türken stand, wurden die Regierungen der großen Dominions befragt, ob sie zur Hilfeleistung bereit seien. Die Antworten waren entweder ganz ablehnend oder doch so launig, daß man es in London für geraten hielt, den Bogen nicht zu überspannen.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus wird auch die englische

Der italienisch-griechische Streit.

Russolinis Drohung.

Genf, 5. Sept.

Der Völkerbundsrat hielt eine sehr interessante Sitzung ab, in der der italienisch-griechische Konflikt zur Sprache kam und in deren Verlauf der griechische Delegierte Politis nach einer Auseinandersetzung mit dem italienischen Delegierten Salandra im Namen seiner Regierung neue Vorschläge unterbreitete. Diese lauten: Die griechische Regierung bittet den Rat, eine oder mehrere neutrale Persönlichkeiten zu ernennen, welche an der von Griechenland bereits eingeleiteten Untersuchung über die Vordangelegenheit teilnehmen und sie überwachen und auch einen eventuellen Prozeß gegen die Schuldigen kontrollieren und ferner sich an der von Griechenland vorgeschlagenen Kommission zur Aufklärung näherer Begleitumstände des Verbrechens beteiligen. Weiter schlägt die griechische Regierung vor, daß der Rat eine Kommission aus drei hohen Beamten ernennen möge, bestehend aus einem Griechen, einem Italiener und einem Neutralen, welche die Entschädigung festsetzen soll, die Griechenland an die Familien der italienischen Opfer zu richten hat. Diese Kommission soll baldmöglichst und zwar am praktischsten in Genf zusammenkommen. Die griechische Regierung erklärt sich bereit, als Garantie für die zur Auszahlung gelangende Entschädigungssumme bei einer Schweizer Bank ein Depot von 50 Millionen italienischen Lire zu hinterlegen. Auf Wunsch des italienischen Delegierten Salandra trat der Rat nicht mehr in eine Diskussion dieser Vorschläge ein, sondern verwarf dieselbe auf morgen.

Die italienische Meldung von einer Drohung Mussolinis mit dem Austritt aus dem Völkerbund bei weiterer Diskussion dieser Angelegenheit begegnet in Genf großem Zweifel. Seine Haltung dürfte voraussichtlich durch die heutigen griechischen Vorschläge eine Änderung erfahren.

Der Kampf des Völkerbundsrats um eine gütliche Beilegung des italienisch-griechischen Konfliktes und letzten Endes um seine Existenz selbst wagt hin und her. Am Mittwoch vormittag fand die große offizielle Sitzung des Rates statt, in der er zu der Frage Stellung nehmen wollte. Aber etwas definitives kam noch nicht zu Stande, nur eine äußerst ernste Aussprache zwischen dem italienischen Delegierten Salandra und dem griechischen Delegierten Politis und schließlich eine Vertagung der Aussprache auf später.

Politik in der Ruhrfrage oder besser, in der deutschen Frage verständlicher. Das Londoner Kabinett leidet heute noch sehr lebhaft die Politik des britischen Reichs, es ist verfassungsmäßig nicht an die Zustimmung der Regierungen der einzelnen Dominions gebunden, obgleich diese immer wieder ihr Mitbestimmungsrecht in der Reichspolitik betonen. Die Frage, wie die Beteiligung der Dominions an der allgemeinen Reichspolitik geregelt werden soll, wird neben der Frage der Reichsverteidigung wieder die Reichskonferenz beschäftigen, zu der sich in den nächsten Wochen die leitenden Minister der Dominions in London versammeln werden. Für uns Deutsche wäre es besonders interessant zu erfahren, welche Stellung die einzelnen Dominions zur Ruhrfrage einnehmen; denn daß diese Frage auf der Reichskonferenz zur Sprache kommt, kann nicht bezweifelt werden. Bis jetzt hat sich nur einer der maßgebenden Männer aus den großen englischen Kolonien, der General Smuts, und auch dieser nur mittelbar, zur Ruhrfrage geäußert. In einer Rede in Kapstadt hat Smuts sein altes Verlangen wiederholt, es müsse nun endlich in Europa Frieden geschlossen werden. Da die europäischen Nationen zwar versprochen, Krieg zu führen, aber nicht Frieden zu schließen, so müßten die anderen, die außerhalb Europas, für endliche Herstellung des Friedens sorgen. Südafrika ist von allen großen Kolonialländern des britischen Reichs wohl das einzige, das durch den deutschen Einschlag in seiner Bevölkerung und seinen wirtschaftlichen Beziehungen ein größeres Interesse daran hat, daß Deutschland nicht vollständig zugrunde geht. Aber man darf nicht vergessen, daß das Wohlwollen des General Smuts seine Grenzen findet an den südafrikanischen Ausdehnungsbestrebungen, und daß er es als eine selbstverständliche Voraussetzung des von ihm erstrebten Friedens betrachtet, daß Deutsch-Südwestafrika dauernd mit der südafrikanischen Union verbunden wird. In den anderen Dominions hat sich noch nie eine Stimme für Deutschland erhoben. Australien

Nach den Darlegungen Sandras beharrt Italien auf seinem unversöhnlichen Standpunkte und alles, was er zu dessen Begründung herbeibringt, hängt darin aus, daß nicht der Völkerbundsrat, sondern die Völkerbundskonferenz zuständig sei. Nicht Italien sei der Angreifer, sondern es sei angegriffen und es könne daher eine Einmischung des Völkerbundes in dieser Frage nicht anerkennen. Der griechische Delegierte wies darauf hin, daß mit der Vorkonferenz Konfus die Lage eine andere Wendung genommen habe, da nämlich ein Mitglied des Völkerbundes das Gebiet eines anderen überfallen habe und deshalb gehöre die Frage von der Vorkonferenz zum Völkerbunde. Der Rat müsse nun von sich aus entscheiden, ob er sich für zuständig erkläre oder nicht. Da ihn Griechenland um seine Intervention direkt ersucht habe, sei im Falle einer Verneinung sein Schicksal so gut wie besiegelt. Der Präsident Fijii beantragte Vertagung der Aussprache über diese Frage, womit sich Lord Robert Cecil wohl einverstanden erklärte, aber nachdrücklich den Wunsch äußerte, daß die Vertagung nur bis morgen sei. Aus den kurzen Worten Cecil's, mit denen er diesen Antrag begleitete, ging hervor, daß die englische Delegation an ihrem Standpunkt festzuhalten scheint, daß der Konflikt vor dem Völkerbundsrat gehöre und durch ihn auf gütlichem Wege geregelt werden müsse. Ob dies gelingt, ist zwar eine andere Frage, denn die Beschlüsse des Völkerbundsrates müssen einstimmig gefaßt werden und bei der Haltung der französischen Regierung, die bis jetzt die Unversöhnlichkeit und Hartnäckigkeit Mussolinis unterstützte, ist es fraglich, ob der französische Delegierte im Rat anders lautende Instruktionen erhalten wird. Griechenland bleibt dann noch der Appell an die Versammlung des Völkerbundes übrig.

Zum Krieg bereit?

Genf, 5. Sept. Die „Gruzer Tagespost“ meldet aus Belgrad, der griechische Gesandte habe der jugoslawischen Regierung mitgeteilt, die griechische Regierung sei bereit, die Hoheit des Staats mit Waffengewalt zu verteidigen, wenn ihre äußersten Schritte beim Völkerbund zur friedlichen Lösung des Streits erfolglos bleiben sollten.

Rom, 5. Sept. Nach Witterungsmeldungen haben italienische Truppen in Albanien sich an der griechischen Grenze festgesetzt und Schanzen aufgeworfen. — Die Montenegroer wollen die Albanien zugehörigen Grenzgebiete nicht anerkennen.

und Neu-Seeland verlangen eine möglichst enge wirtschaftliche Verbindung mit dem Mutterland und Stärkung der Verteidigungskraft des Reichs im fernem Osten. Kanada will seinen Vertreter anweisen, auf der Reichskonferenz lediglich kanadische Interessen, erst gegen das Mutterland zu vertreten, aus Irland und Indien liegen Äußerungen überhaupt nicht vor. Die Londoner Regierung ist diesen Bestimmungen gegenüber in keiner beneidenswerten Lage. Angesichts der kühlen Unnahbarkeit Amerikas wäre ihr eine entschiedene Billigung ihrer Politik gegen Frankreich durch die Kolonien nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Hier aber wird sie voraussichtlich auf dieselbe kühle Ablehnung stoßen, wie in ihrer Politik gegen die Türkei. Die britischen Kolonialstaaten wollen wenig oder nichts wissen von den Wirnissen des alten Europa. England selbst aber wird an das übrige Europa um so fester gefesselt, je mehr sich seine Kolonien zu wirtschaftlicher und politischer Selbstständigkeit durchringen. Der Chamberlainsche Gedanke eines einheitlichen, sich politisch und wirtschaftlich selbst ergänzenden britischen Weltreichs ist durch die Entwicklung während des großen Kriegs endgültig gescheitert, mehr als je ist das alte England politisch und wirtschaftlich auf Mittel- und Osteuropa angewiesen. Aus Ländern, die englische Waren willig und in Massen aufnahmen, drohen die Dominions mit ihren reichen Naturschätzen zu Konkurrenten für die englische Industrie zu werden, das britische Weltreich, der Stolz der Engländer, wird zur hemmenden Fessel, was es sich darum handelt, rein englische Interessen mit der alten Rücksichtslosigkeit zu verfolgen. Für das britische Weltreich ist die deutsche Frage nur eine von vielen, nicht einmal die wichtigste, und wir werden einsehen, daß die englische Politik nicht frei genug ist, um auch nur ihre eigenen Interessen in dem begonnenen Kampf mit Frankreich mit Entschiedenheit vertreten zu können.

